



**Deutsche Akademie
für Kinder- und
Jugendmedizin e.V.**

Dachverband der kinder- und
jugendmedizinischen Gesellschaften

Pressemitteilung

Kinder- und Jugendärzte unterstützen die Initiative der Drogenbeauftragten der Bundesregierung, Frau Marlene Mortler, für *eine* schnelle und lückenlose Umsetzung des Tabakwerbeverbotes.

Berlin, 22. November 2018 - Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Marlene Mortler (CSU), hat einen neuen Anlauf für ein umfassendes Verbot von Tabakwerbung gefordert. Dieser Forderung, die auch die seit einigen Jahren mit großem Werbeaufwand auf den Markt eingeführten sogenannten E-Zigaretten mit einschließt, haben sich mittlerweile fraktionsübergreifend zahlreiche Mitglieder des Deutschen Bundestages angeschlossen. „Wir Kinder- und Jugendärzte unterstützen nachhaltig die Initiative für eine lückenlose Umsetzung des Tabakwerbeverbots in Deutschland“, so Prof. Dr. med. Hans-Iko Huppertz, Generalsekretär der Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendmedizin e.V. (DAKJ). „Wir haben keinerlei Verständnis dafür, dass Teile der Politik die Interessen der Tabaklobby immer noch höher gewichten, als den Jugendschutz und die Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen.“

Deutschland ist das einzige Land in der Europäischen Union, in dem Tabakwerbung mit großflächiger Außenwerbung auf Plakaten oder im Kino immer noch erlaubt ist. Damit verstößt die Bundesregierung gegen das auch von Deutschland unterzeichnete internationale Tabak-Rahmenabkommen der Weltgesundheitsorganisation WHO (FCTC). Insbesondere auf Kinder und Jugendliche hat Werbung einen starken suggestiven Einfluss. Je häufiger Kinder und Jugendliche mit Tabakwerbung in Kontakt kommen, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie in ihrem Leben später Tabakprodukte konsumieren und entsprechende Abhängigkeiten entwickeln. Das belegen zahlreiche Studien. So verwundert es nicht, dass in anderen europäischen Ländern mit umfassenden Tabakwerbeverböten die Raucherquote unter Jugendlichen mittlerweile deutlich zurückgegangen ist.

„Es ist nicht nachvollziehbar, warum öffentliche Präventionskampagnen der Bundesregierung vom Tabakkonsum abraten, die Tabakindustrie aber ihre Produkte in Deutschland parallel dazu weiter bewerben darf“, so Prof. Huppertz.

Im Koalitionsvertrag haben sich CDU, CSU und SPD Anfang 2018 auf folgendes politisches Ziel verständigt: „Wir werden Drogenmissbrauch weiterhin bekämpfen und dabei auch unsere Maßnahmen zur Tabak- und Alkoholprävention gezielt ergänzen. Dabei ist uns das Wohl der Kinder besonders wichtig.“ So ist es nur konsequent und eine Frage der Glaubwürdigkeit, wenn jetzt gefordert wird, dass Deutschland den anderen EU-Ländern folgen und endlich ein umfassendes Werbeverbot für alle Tabakprodukte beschließen muss.

Öffentliche Werbung für Tabakprodukte erschwert nachhaltig eine wirksame Prävention vor den Gefahren des Tabakkonsums. Die medizinische Forschung hat gezeigt, dass der Organismus von Kindern und Jugendlichen gegenüber Schadstoffbelastungen signifikant weniger belastbar ist, als der von Erwachsenen und deshalb eines besonderen Schutzes bedarf. Zudem sind sie gegenüber der Suchtentwicklung besonders anfällig. Gerade bei der Prävention müssen Kinder und Jugendliche deshalb im Vordergrund stehen.

Die Deutsche Akademie für Kinder- und Jugendmedizin (DAKJ) als der Dachverband der kinder- und jugendmedizinischen Verbände und Gesellschaften, freut sich über die aktuelle Initiative der Drogenbeauftragten der Bundesregierung, denn die deutschen Kinder- und Jugendärzte fordern schon seit langem ein umfassendes Tabakwerbeverbot.

Korrespondenzadresse:

Prof. Dr. med. Hans-Iko Huppertz, Generalsekretär
Deutsche Akademie für Kinder- und Jugendmedizin e.V
Dachverband der kinder- und jugendmedizinischen Gesellschaften
Chausseestraße 128/129
10115 Berlin
Tel. 030.4000588-0
Fax 030.4000588-8
kontakt@dakj.de